

Die zweite Lesung des Zuwachssteuergesetzes.

Deutscher Reichstag.

108. Sitzung vom Montag, den 16. Januar.

Am Tische des Bundesrats: Wermut, Köln.
Präsident Graf Scherwin-Wöhrig eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min.

Berichterstatter ist Abg. Graf Westarp (konf.). Die Kommission hat den Entwurf in drei Befragungen beraten, er wurde dort in der vorliegenden Fassung mit allen gegen die Stimme des Abg. Dr. Arndt (Sp.) angenommen.

Abg. Graf Westarp (konf.): Meine politischen Freunde in ihrer überwiegenden Mehrheit stimmen nicht nur dem im § 1 zum Ausdruck gebrachten Grundgedanken zu, sondern auch den Kommissionsbeschlüssen überaus, vornehmlich geringere Abänderungsmöglichkeiten. Was uns in dieser Zustimmung bewegt, sind nicht so sehr Erwägungen wegen des Einflusses auf den Wohnungsmarkt und Grundbesitzhandel, es wird bei sehr auf die Verbesserung von Grundbesitz auf den Mieter ankommen. Wir konsolidieren sind gewiß große Freunde einer Regelung des Wohnungsmarktes und der inneren Kolonisation, halten aber eine Steuer nicht für geeignet, wirtschaftspolitische Zwecke zu verfolgen. Uns leiten hier die finanzpolitischen Gesichtspunkte. Die Zuwachssteuer bringt in das ganze System der Reichsteuern einen neuen fruchtbringenden und erfolgsverheißenden Gedanken. Die direkten Steuern sind schon genügend durch Einzelsteuern und Kommunen ausgebaut. Meine Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß wie das immobilität, auch das mobile Kapital mit dem Wertzuwachs einer Steuer herangezogen werden muß. Wir haben nur von der sofortigen Durchführung dieses Gesetzes Abstand genommen, werden aber jederzeit auf dem Wege zu finden sein, wenn die Reichsregierung einen solchen Vorstoß macht. Es handelt sich hier nicht um Befreiung des Grundbesitzes, sondern des Grundbesitzverlehrs. Wer den Grund und Boden ruhig bewirtschaftet, bleibt von der Steuer frei, ebenso der durch eigene Arbeit geschaffene Wertzuwachs. Getroffen werden von der Steuer nur diejenigen Grundbesitzer, die sich infolge des Zuwachses der großen Städte ergeben, infolge der Ausbeutung der Anbauten, des Ausbaues von Verkehrsunternehmungen. Die Boden Spekulation soll gestraft werden, während der Hausbesitz in den Städten und das Bauwerkzeug möglichst gespart werden sollen. Der eigentliche Zweck der Zuwachssteuer ist, allmählich den Umverteilungsgedanken zu verwirklichen. Die Steuerarten sollen aber bis zum 1. Juli 1914 nebeneinander laufen. Die Kommissionsbeschlüsse bringen der Regierungsvorlage gegenüber eine recht bedeutende Abmilderung des Steuerertrages. Die Fälle, in denen der Wertzuwachs verhältnismäßig gering ist, sind erheblich erleichtert worden. Wir haben uns bemüht, Härten und Unbilligkeiten zu beseitigen und den sogenannten verdienten Wertzuwachs zu schonen.

Reichsfiskussekretär Wermut: Sie entscheiden hier über eine Befreiung, eine Steuer, mit den gleichen Grundgedanken und Grundbesitzverlehrs, mit gleichwertigen Vorzügen und mit nicht härteren Nachteilen, wie andere Befreiungen aus; eine Steuer, die sich gegenüber den Bundesstaaten auf das glänzendste abgrenzt, eine Steuer, die den unbemittelten Volk in dem Augenblicke betrifft, wo er sich in beweglichen Besitz verwandelt. Hier bietet sich also Gelegenheit, unleren indirekten Steuern eine Befreiung zur Seite zu stellen.

Die tatkräftige Vertretung von Sonderinteressen,

die entschlossen und geschäftig der Steuer entgegenzutreten, hat zu Gegnern meine Volkstreu, die den Grundgedanken der Steuer richtig aufgefaßt haben, sie hat zum Gegner die namhaftesten Vertreter unserer Volkswirtschaftslehre und hatte zum Gegner den Reichstag selbst. Der Reichstag hat einseitig den Gedanken angeregt, er hat den verbündeten Regierungen das an die Hand gegeben, was sie nun ihrerseits mit voller Überzeugung vertreten. Aber die jetzige Vorlage des Bundesrats und noch mehr die Kommissionsbeschlüsse gehen weit zurück hinter das, was der Reichstag selbst 1909 in zweiter Lesung schon beschlossen hatte. Die Beschlüsse von 1909 hatten z. B. keine Befreiungsquote. In allen diesen Punkten ist die jetzige Vorlage hinter den früheren Willen zurückgeblieben. Ich sehe und höre, daß mehrere Abänderungsvorschläge im Werte sind, aber es gibt auch eine Abmilderung, die eine Verbilligung der Steuer im Werte ist. Ich sehe, daß der Reichstag hat schon darauf hingewiesen, wie sich die Steuer jetzt gestaltet, und wie sehr auf die Bedürfnisse der Berufsgruppen, des langfristigen Wertes usw. Rücksicht genommen worden ist. Der Schatzsekretär legt an drei Fällen, die den Hausbesitz, ein Terrainschuld und einen landwirtschaftlichen Besitz betreffen, zahlenmäßig dar, daß die jetzige Form der Zuwachssteuer außerordentlich mild ist, und daß die Fälle der Steuerfreiheit erheblich sind. So zeigt ein landwirtschaftlich benutztes Grundstück von 600 Ar, dessen Erwerbspreis 65 000 Mark beträgt, für dessen Mehrerlös 20 000 Mark aufwendend sind, wenn der Veräußerungspreis nach 20 Jahren 108 000 Mark beträgt, keine Steuer. Ein unbebautes und unbewohntes Terrainschuld von 300 Ar Fläche mit einem Erwerbspreis von 65 000 Mark und einem Veräußerungspreis nach 20 Jahren von 100 000 Mark zahlt ebenfalls keine Steuer. Eine Baustelle von 80 Ar Fläche, die für 100 000 Mark erworben wurde, und auf der ein Anbau für 400 000 Mark errichtet worden ist, daß das Grundstück nach 20 Jahren 630 000 Mark wert ist, bleibt ebenfalls steuerfrei. Sie sehen, wie sehr milde die Bestimmungen sich bereits jetzt gestaltet haben. Ich bitte doch das Berücksichtigen zu wollen, wenn nunmehr auch im Plenum, wie es in den drei Befragungen der Kommission der Fall gewesen ist, es wieder unausgesetzt mehrere Abmilderungsanträge regnet.

Wir können doch kein Steuerrecht machen, das einen überaus großen Apparat in Bewegung setzt, wenn dieses Steuerrecht durch das fortwährende Defizillieren und Extrahieren nachzuhalten ist.

Wir haben von mehr als 300 Gemeinden, welche die Steuer bereits eingeführt haben, Nachrichten über die hierbei gesammelten Erfahrungen erhalten. Dabei hat sich ergeben, daß infolge der Steuererhebung ein erhebliches Prozent der Steuererhebung der Grundbesitzpreise, die ebenfalls mehr als 97 Prozent keine Steigerung der Mietpreise und bei mehr als 98 Prozent keine Einschränkung der Baukosten festgestellt hat. In 99 Prozent der Fälle sind Terrainschulden zum Eigenbau nicht übergegangen. Alle die Befragungen, welche in Vernehmungen und in der Presse aufgestellt worden sind, daß die Steuer auf die Mieter abgemildert wird usw., halten also vor den Tatsachen nicht stand.

Die Mieter

haben auf dem 11. Deutschen Mietertage im vorigen Jahre erklärt, daß sie von der Zuwachssteuer nichts zu befürchten hätten (Sitz,

hörit) Hochgeachtete Vertreter der Landwirtschaft haben sich gleichfalls für die Zuwachssteuer ausgesprochen. Der Mittelstand und der sogenannte kleine Mann sind die überzeugtesten Freunde der Zuwachssteuer. Auch der Grundbesitzumlag wird in seiner Weise durch die Steuer beinträchtigt, wie sich durch eine amtliche Untersuchung ergeben hat. Inzwischen ist eine

Reihe von Abänderungsanträgen

eingelaufen.
Nach § 1 der Kommissionsbeschlüsse wird die Zuwachssteuer von dem Wertzuwachs erhoben, der ohne Zutun des Eigentümers entfallen ist. Die Worte der ohne Zutun des Eigentümers entfallen ist" beantragt Abg. Cuno (Sp.) zu streichen. Ebenso Abg. Dr. Arndt (Sp.), der statt dessen das Wort „unverändert" vor Wertzuwachs einfügen will.

Nach dem Kommissionsbeschlüssen bleiben Verkäufe im Wert bis zu 20 000 Mark bei bebauten und bis zu 5000 Mark bei unbebauten Grundstücken steuerfrei, auch wenn es sich um Teilgrundstücke handelt. Nach einem Antrag Marx (Ztr.) soll die Steuerfreiheit nur eintreten, wenn das gesamte Grundstück, also nicht nur das veräußerte Teilgrundstück, mindestens diesen Wert hat. Dr. Arndt (Sp.) und ebenso Abg. Dr. von Savigny (Ztr.) wollen als steuerfreie Grenze 30 000 Mark und 10 000 Mark legen, auch bei Teilverkäufen. Diese Steuerfreiheit soll nach dem Kommissionsbeschlüssen aber nur dann eintreten, wenn weder der Verkäufer noch sein Ehegatte im letzten Jahre ein Einkommen von mehr als 2000 Mark gehabt haben, nach einer von ihnen den Grundbesitzhandel gemeinschaftlich betreibt. Abg. Pauli (Cochem, Ztr.) sowie Dr. Arndt (Sp.) beantragen, diese Grenze für die Steuerfreiheit auf 30 000 Mark heraufzusetzen. Die Sozialdemokraten beantragen, Befreiungen und Befreiungen im § 1 zu streichen. Die §§ 2 bis 10 der Kommissionsvorlage enthalten Bestimmungen gegen Umgehung der Steuer, insbesondere durch Bildung von Vereinigungen.

Abg. Marx (Ztr.): Wir stehen mit dieser Vorlage an einem außerordentlich bedeutungsvollen Zeitpunkt unserer Steuerreform. Wir sind durchaus Freunde und Anhänger des Gedankens, daß der unerbiente Wertzuwachs veräußert werden soll, auch des Gedankens, daß nicht nur den Gemeinden, sondern auch dem Reiche das Recht zuzulassen soll, diese Steuer zu erheben. Denn das Reich hat an dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung bedeutungsvollen Anteil. Der unerbiente Wertzuwachs soll gesamt werden. Wir sind auch bereit zu einer Steuer, die durchaus wirksam und ertragreich ist. Wir wollen nicht die Klinte der Gesetzgebung bewegen, um nur den Schein zu erwecken, als hätten wir etwas getan. Wir wollen keine Härte, sondern ein klares, klares Gesetz. Trotzdem dürfen wir aber von den Plänen der Gerechtigkeit und Billigkeit dabei nicht abweichen. (Beifall i. Ztr.) Darum werden wir uns ernstlich die Frage vorlegen, ob nicht durch die Vorlage durchaus berechtigte, ja recht konervative Grundzüge ins Wanken geraten. (Sehr gut! im Ztr.)

Schatzsekretär Wermut: Angesichts der vorliegenden Abmilderungsanträge erscheint es mir zweifelhaft, in welcher Weise wir für die Betreuer sorgen sollen. (Sitz, hört!) Die Pflicht der Veteranenfürsorge liegt nicht nur der Regierung ob, sondern auch dem Reichstage. Bureaukratisch waren wir nicht; wir haben eingehende Erhebungen gemacht und uns mit allen Interessentengruppen in Verbindung gesetzt. Bringen Sie uns auf unsere Rechnungen Gegenrechnungen, aber nicht allgemeine Behauptungen.

Abg. Göhre (Soz.): Wir sind für die Zuwachssteuer, aber ihr Hauptzweck soll den Gemeinden zuzuführen, denn diese schaffen erst durch ihre Einrichtungen den Wertzuwachs. Der schwarz-blaue Block ist befreit gemeint, die Vorlage gänzlich zu durchkreuzen. Wenn man die Wünsche der Rechten berücksichtigt, so werden nicht nur die Parteien berücksichtigt, sondern auch die Terrainschulden. Der Umstand, daß man den Umfänglichkeit neben dieser Steuer beibehalten muß, bewirkt, daß die Finanzreform inämmerlich flau gemacht wird. Wir werden niemals damit einverstanden sein, daß die Erträge der Steuer für das Her verwendet werden. Die Einnahmen sollen in erster Linie zur Unterhaltung der Veteranen und zur Befreiung der drückenden indirekten Steuern, z. B. der Zündholzsteuer dienen.

Abg. Dr. Weber (ntl.): Der unerbiente Wertzuwachs soll befreit werden, gut; aber wir dürfen nicht vergessen, daß hier ein schwerer Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kommunen vorliegt. Zum mindesten sollte man daher den Anteil der Gemeinden erhöhen und den der Bundesstaaten entsprechend verringern. Sehr schwere Bedenken haben wir gegen das Fortbestehen des Umfängelpens neben der neuen Steuer. Das ist eine einseitige Benachteiligung des immobilen Wertes. Der Schatzsekretär warnte vor einer Abmilderung der Vorlage. Das ist leicht gesagt; mit klaren Geistes hat man noch nie etwas erreicht. Sieht man die Steuerfrage zu klar an, so bleibt das Ertragsverhältnis. Und wie soll festgestellt werden, wie 1885 der Grundbesitz zu bemerten war? Wer hat damals an eine solche Steuer gedacht? Wir fürchten, daß die Ausführungsbestimmungen nicht dem Geiste, sondern dem Wort nach gemacht sind, zum Schaden des sozialen Grundgedankens. Was wird das für eine Anzahl von Projekten und Schwierigkeiten geben! Welche ungeheure Mühe wird das kosten! Zweifellos liegt ein schwerer Eingriff in die Selbstverwaltung vor. Entschieden verlangen wir, daß der verdienten Wertzuwachs möglichst frei bleibt. Darum kann dem Antrag Cuno nicht zugestimmt werden und noch weniger den Anträgen der Sozialdemokraten. Abänderungsanträge behalten wir uns vor, der Schatzsekretär wird sich damit abfinden müssen.

Abg. Cuno (Sp.): Die Wirklungen des Gesetzes sind noch nicht zu übersehen, daher ist Vorsicht geboten. Wir haben erst die Begriffe des Wertzuwachses nicht einwandfrei definiert werden. Die Millionenbauern, die vor den Großstädten sitzen und abwarten, bis man ihren Grund und Boden braucht, werden von der Steuer am wenigsten getroffen werden. Sie aber wollen man doch gerade heranziehen. Die im Gesetz geschaffenen Kautelen werden kaum ausreichen. Wir wären ohne Bedenken bereit, wenn die Zulieferer an die Stelle des Umfängelpens treten sollte. Jetzt aber sollen sie beide nebeneinander Geltung haben. Damit belastet man den Grundbesitz doppelt so stark, als man bei der Finanzreform geplant hat. Das ergibt sich aus höchst bezeichnend. Auch freut es sich, ob es verfassungsmäßig zulässig ist, daß der Grundbesitz mit einer Steuer belastet wird, von der 20 Millionen den Gemeinden überwiehen werden. Eine Reihe von Bestimmungen sind in der Praxis unbrauchbar. Wir können der Steuer nur zustimmen, wenn sie an die Stelle des Umfängelpens tritt. Dann muß sie natürlich auf einen beträchtlichen Ertrag bringen, denn sonst werden die Gemeinden, denen man die kommunale Zuwachssteuer nimmt, sehr geschädigt. Wenn der Zufall angenommen wird, daß nur der unerbiente Wertzuwachs getroffen wird, dann steht alles im Ermessen der Steuerbehörde. Wir behalten uns Abänderungsanträge vor. (Beifall links.)

Weiterberatung Dienstag 1 Uhr. Schluß 6 1/2 Uhr.

Deutsches Reich.

Der Landrat von Wittgenstein.

Der bekannte Landrat Schröder in Verleburg hat einen vom Regierungsräbenten bewilligten Erholungsurlaub angetreten.

Man dürfte in der Annahme nicht fehlgehen, daß dieser Erholungsurlaub mit dem Befeldigungsprozeß in Zusammenhang steht, dessen Mittelpunkt die amtliche Tätigkeits des Landrats Schröder gebildet hat. Die Anstellungen wurden auch damals zu geringen Gehältern erteilt, weil die Amtsführung des Landrats erhebliche Normierungen wurden infolgedessen so viele schwerwiegende Bewilligungen durch das Gericht als unbegründet anerkannt, daß der Landrat als der moralisch Beurteilte erschien. So wurde ihm in einem Falle befehligen, daß er gegenüber einem ihm nicht unterstellten Lehrer seine Amtsbefugnisse überföhren habe, was er damit zu begründen suchte, daß er erklärte: „Da doch jeder Mensch einen Vorgelegten hat, glaube ich, daß ich der Vorgelegte jenes Lehrers Stern sei.“ Ferner wurde festgestellt, daß Landrat Schröder von seinem Mitbestimmten verlangt habe, er solle ihm außer der Reihe zuerst bedienen, und als der Referent dieses Ansinnen ablehnte, ihm die Vorkleinerung für das Kreisstranzenausgangs Befehl erteilte, es einem Bädermeister, der aus dem landwirtschaftlichen Verein ausgetreten war, aus dem ursprünglichen Angelegenheiten des Verfahrens gegen den Landrat entzogen werden sollte, unternehmen werde. Wenn ihm jetzt doch schon vor diesem Termin ein Erholungsurlaub bewilligt worden ist, so darf man darin wohl ein Anzeichen dafür erblicken, wie an maßgebender Stelle eine in dieser Weise gekennzeichnete Amtsführung beurteilt wird.

Die französisch-russischen Abmachungen

über Verlehen eines empfindlichen Stoff erlitten hat, erhält ein Plakat auf die jähmehrende Wunde. Der „Kön. Zig.“ meldet man aus Paris:

Auf persönliche Anregungen des Kaisers Nikolaus wird die Pariser Seite des Ministers Sazonow durch einen Aufenthalt des russischen Generalfeldmarschalls und mehrerer russischer Offiziere in Frankreich erteilt, welche die damit betraut werden sollen, gemeinsam mit dem französischen Generalfeldmarschall verschiedene militärische Fragen zu regeln, welche die beiden Verbündeten angehen.

Parteinachrichten.

Im Sanz-Bunde begannen am Montag die Sitzungen, in denen der vom Bund ausgearbeitete Entwurf, betreffend ein Reichsgesetz über das Submissionswesen in dritter Lesung beraten werden soll.

Offenbach, 16. Jan. In der Angelegenheit des vom Kreisamt nichtbefähigten Sozialdemokratischen Beigeordneten der Stadt Neu-Wehrburg hat der Verein der fortschrittlichen Sozialpartei den Befehl gefaßt, daß kein Mitglied, falls die Regierung einen Beigeordneten ernannt, das Amt annehmen darf. Auch bei einer Neuwahl wird die fortschrittliche Sozialpartei wieder den sozialdemokratischen Beigeordneten-Kandidaten unterstützen.

Hof- und Personalnachrichten.

Der Kaiser nahm Montag vormittag im königlichen Schloß zu Berlin den Vortrag des Chefs des Zivilkabinetts, Wirklichen Geheimen Rats von Valentini entgegen. — Die drei Söhne des kronprinzlichen Paares sind am Sonnabend in Berlin eingetroffen und wohnen im königlichen Schloß.

Obert von Giorff, der verdienstvolle Kommandeur der Schuttpolizei für Südwestafrika, wird demnächst aus dem Konsulatsdienst ausscheiden und in der Armee angefaßt werden.

Der Kaiser hat den bisherigen Ministerpräsidenten in Havana von Gaxard, unter gleichzeitiger Befreiung des Titels und Ranges eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, zum Ministerpräsidenten am montenegrinischen Hof und den bisherigen vortragenden Rat im Auswärtigen Amt, Geheimen Legationsrat Pauli, unter gleichzeitiger Befreiung des Titels und Ranges eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers, zum Ministerpräsidenten in Haecana ernannt.

Der Zeremonienmeister des Ordens vom Schwarzen Adler Graf von Antik erfaßt Anlage zur Abhaltung eines Kapitels für die Ritter des Ordens zur Aufnahme einiger Mitglieder für Mittwoch, den 18. Januar, im königlichen Schloß.

Die kommende Reichstagswahl.

Dresden, 16. Jan. Zu dem Beschluß des liberalen Arbeitervereins, insofern den Zentralvorstand der fortschrittlichen Sozialpartei wie den der national-liberalen Partei zu erlösen, in günstigen Wahlkreisen liberale Arbeiterkandidaten aufzustellen, sagt heute die parteiamtliche „Sächsisch-National-liberaler Korrespondenz“:

Auch in Sachsen war die national-liberale Partei um die Aufstellung von Arbeitern bemüht. Es war jedoch sehr schwierig, Arbeiterkandidaten zu finden, die imlande gewesen wären. Aber den Kreis ihrer nächsten Anhänger hinaus auf die liberalen jetzt vorübergehend zusammengefaßte Wählerliste zu werben. Die verschiedenen Wähler sind wenig geneigt, sich wie die sozialdemokratischen Arbeiter einer Parteifondatur zu fügen, nur weil sie Arbeiter sind, er muß als befähigter Mann die Verantwortung übernehmen. Also auf die Verantwortlichkeit kommt es an. Dieses Vertrauen wird ausbleiben, wenn der nationale Arbeiterkandidat über die Grenze, die ihn von der Sozialdemokratie scheidet, irgendwelchen Zweifel läßt. Die national-liberale Partei wird unter diesen Voraussetzungen der nationalen Arbeiterliste bei der Aufstellung der Kandidaten entgegenkommen. Sie wird namentlich in den Wahlkreisorganisationen, die nach den örtlichen Verhältnissen mit einer überwiegend starken Arbeiterkraft zu rechnen haben, empfehlen, noch zuverlässigen Männern Einsicht zu halten, die selbst im Arbeiterstande stehen oder doch infolge ihrer Stellung und ihrer Gesinnung auf das besondere Vertrauen der Arbeiter Anspruch haben.

Aus Sangerhausen.

Wie man hört, wird die konservative Partei des Wahlkreises Sangerhausen-Edersberg hier aufzufestellen und natio-

nalliberalen Justizrat Friedrich in Sangerhausen bei der in diesem Jahre stattfindenden Reichstagswahl stimmen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarns Marineentwicklung.

zu Aus Budapest wird gemeldet: In der vom ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Tisza geleiteten „Neue Magyar Pigeote“ sind in Form eines Interesses wiederbelebte hochinteressante Überlegungen des Marinekommandanten Grafen Montecuccoli über die Notwendigkeit der Entwicklung der österreichisch-ungarischen Marine enthalten.

Ungarn lie durch seine 150 Kilometer lange Gestirne schon lange eine kontinentale Macht allein, sondern auch eine Seemacht, die ein wichtiges Interesse daran hat, daß ihr der Weg zur See nicht durch eventuelle gegnerische Anschläge versperrt werde. Die Flotte der Monarchie ist klein und tüchtig, aber leider nicht vorzüglich. Zum Beweis hat sie zur Abwehr des türkischen Boykotts der österreichisch-ungarischen Varen leinert nicht genügt. Es sei zweifellos, daß die wirtschaftlichen Konflikte der Monarchie in der Zukunft sich nur an der Adria und im Mittelmeer abspielen werden, und obwohl ihm keine amtliche Stellung eine Förderung kriegerischer Eventualitäten unmöglich mache, könne er versichern, daß die Interessen der Monarchie nur auf dieser Seite bestehen. Die Flottenentwicklung sei auch zur Entlastung der gemeinsamen Armee notwendig und der größte Teil der Ausgaben komme der Staatskasse und der Volkswirtschaft zugute.

Die Regierung hat mit den Teilnehmern an nordkontinentalen Schiffsmomopol, mit der Hamburg-Amerika-Linie, dem Norddeutschen Lloyd, der Reichs-Linie und der Compagnie Generale Transatlantique einen Vertrag geschlossen bezüglich der Regelung der Auswanderung von den nordkontinentalen Stationen. Durch den Vertrag, der demnächst vor das Parlament gelangt, soll die bisher unkontrollierte Auswanderung von jährlich 70-80 000 Personen geregelt werden. Die Gesellschaften dürfen keine Stationen einrichten, jedoch in Budapest und in den Grenzstationen Bureaus errichten.

Halle und Umgebung.

Halle a. S., 17. Januar.

Stadtverordneten-Sitzung

Halle a. S., 16. Jan.

Am Vorstandstisch die Herren Geh. Kommerzienrat Stecker, Justizrat Höhring, Baumeister Gygas und Kaufmann Probst.

Eingegangen ist ein Schreiben des Verbandes der Landwirtschafstenden der Provinz Sachsen, der sich für den Ehrenpreis der Stadt von 100 Mark bedankt, ferner eine erneute Petition um Einrichtung einer Fahrschule. Letztere wird auf 6 Wochen zurückgelegt, bis dahin ist eine Magistratsvorlage zu erwarten.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein, deren Punkte 1-3 die Wahl zu den Deputationen und Ausschüssen betreffen. Das Vortrad hat Herr Stv. Höhring. In den Finanzauschuss wird an Stelle des verstorbenen Kaufmanns Ahmann Herr Stv. Brauer gewählt, in den Petitionsauschuss an Stelle des zum Stadtrat gewählten Herrn Greßer Herr Stv. Brauer, in den Etatsauschuss an Stelle des Herrn Ahmann Herr Stv. Pfautsch, in den Theaterausshuss als Ersatz für Herrn Greßer Herr Stv. v. Blume.

4. Durch Beschluß vom 14. März 1910 hat die Stadtverordnetenversammlung dem vom Magistrat vorgelegten Gesamtwurf für die

Herstellung des Hauptfahrschulens

von der Klausbrücke bis zur Ausmündung auf dem Tafelwerber zugestimmt. Diesen Entwurf hat der Magistrat sogleich dem Regierungspräsidenten mit dem Antrag auf landespolizeiliche Genehmigung vorgelegt. Sie ist nunmehr unterm 29. Dezember 1910 erteilt worden. Die Vorverhandlungen führten zu einigen Abänderungen des Entwurfs. Die wesentlichste derselben betrifft die Breite sowie die Höhenlage der Gebäulichkeiten; sie ist bereits durch Stadtverordnetenbeschluß bei der Abstimmungsentscheidung genehmigt worden. Die übrigen Veränderungen sind für den Entwurf ohne wesentliche Bedeutung.

Auch für den Sonderentwurf der Kläranlage ist jetzt die landespolizeiliche Genehmigung eingegangen.

Durch Erlass vom 20. Jan. 1909 ist der Stadtgemeinde Halle a. S. das nachgeforderte Recht verliehen worden, das zur Ausführung der geplanten Kanalisation der Stadt Halle erforderliche Grundbesitz im Wege der Enteignung zu erwerben oder dauernd zu beschließen. Um nun, soweit erforderlich, mit dem Enteignungsverfahren vorgehen zu können, muß zunächst den Vorstufen des Enteignungsgesetzes entsprechend die vorläufige Manifeststellung für den Hauptfahrschulens und die Kläranlage als einheitliches Projekt durch den Regierungspräsidenten erfolgen.

Der Stadtverordnetenversammlung legt der Magistrat vor: a) den landespolizeilich genehmigten Entwurf für den Hauptfahrschulens von der Klausbrücke bis zur Kläranlage, b) den landespolizeilich genehmigten Entwurf für die Kläranlage. Er ersucht, die Veränderungen an dem Entwurf zu a) sowie den Entwurf zu b), welcher der Versammlung noch nicht vorgelegen hat, zueus Beantragung der vorläufigen Manifeststellung zu genehmigen; die Baudeputation hat zugestimmt. Bemert wird, daß die einzelnen Entwürfe für Teilstraßen des Hauptfahrschulens wie für die Kläranlage in der durch den weiteren Verlauf des Verfahrens bedingten endgültigen Fassung nebst speziellen Kostenschätzungen vor der Ausführung der Verammlung zur Genehmigung und zur Geldbewilligung besonders vorgelegt werden. Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr Stv. Höhring.)

5. Es folgt die Beratung verschiedener Etatskapitel. Kap. I, Ergebnisse der Rechnungen 1909, wird ohne Debatte genehmigt. (Ref. Herr Stv. Lindner.) Kap. II, Grundbesitz, wird ebenfalls durch Herr Stv. Lindner vorgetragen. Die Position 20 000 Mark für unvorhergesehene Bauarbeiten, trifft auf Widerspruch; eine Anzahl Stadtverordnete wünscht diesen Betrag zur Disposition beider städtischen Behörden gestellt zu sehen. Der Antrag wird jedoch abgelehnt, die 20 000 Mark in den Etat eingestellt. Ferner wird das Kap. XIV, Straßenreinigung, genehmigt. (Ref. Herr Stv. Lindner.)

Herr Stv. Emmer fragt an, wie es denn mit der

Kehrpflicht und Streupflicht der Hausbesitzer bei Schneefällen und Glätte

siehe, ob denn nun die Sache durch endgültiges Gerichtsurtel geklärt sei.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive entgegnet, daß die Jubilatur noch nicht feststehe. Der Magistrat behauptet, es bestche eine Obervanz, von den Hausbesitzern werde das bestritten. Es seien Erkenntnisse im besagenden und verneinenden Sinne ergangen. Seitdem sich der Magistrat auf das alte Kehrgesetz von 1706 bezieht, haben die Gerichte stets so entschieden, daß die Hausbesitzer den frischen Schnee nicht wegzufahren brauchen, wohl aber den zu Schmutz geworden oder festgetretenen.

Herr Stv. Emmer meint, für die Vororte könne solche Verpflichtung keineswegs bestehen; auf sie sei jene Gesammordnung von 1706 nicht anwendbar.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive bekräftigt das. Es sei Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts, daß die Vororte nach der Eingemeindung stets denselben Kataloge unterstehen, wie der Eingemeindungsort selbst.

Das Kap. V, Kapital- und Schuldenverwaltung wird genehmigt. (Ref. Herr Stv. Rabe), desgl. Kap. VI, Allgemeine Verwaltung (Ref. Herr Stv. Zell).

Herr Stv. Osterburg will das Vorgehen des Magistrats in dem

Streik der Krankenkassen und Herzte

zur Sprache bringen.

Der Herr Vortrager macht ihn darauf aufmerksam, daß dazu die Gelegenheit nicht gut gemäht sei. Die Sache stehe in zu losem Zusammenhang zur Etatsberatung, sei überdies außerordentlich weisheitslos.

Herr Oberbürgermeister Dr. Rive erklärt, daß der Magistrat nicht als Kommunalbehörde, sondern als staatliche Amtsstelle in der Frage gehandelt habe. Die Sache sei keine Gemeindeangelegenheit, die Stadtverordnetenversammlung sei nicht kompetent.

Der Herr Vortrager läßt darüber beschließen, ob eine Besprechung der Krankenkassen-Angelegenheit beliebt wird oder nicht.

Das Kollegium lehrt mit allen gegen 3 Stimmen ob. Das Kap. VIII, Staats- und Provinzial-Angelegenheiten, findet Genehmigung. (Ref. Herr Stv. Colberg); ferner die Kap. X, Gymnasium und B. Oberrealschule.

Der Referent Herr Stv. Bangert bringt dabei zur Sprache, daß die Schulgebühren, obwohl jetzt noch das Reform-Gymnasium hinzugekommen sei, einen erheblichen Rückgang aufweisen. Das liege daran, daß die

Frequenz auswärtiger Schüler

zurückgegangen sei. Sie lie beträchtlich zurückgegangen, von 243 auf 198 Schüler, also um 20 Proz., bei der Oberrealschule sogar von 99 auf 72 Schüler, d. i. 27 Proz. Schuld daran lie die Erhöhung des Schulgebühres für Auswärtige. Bietet das höhere Schulgeld denn nun für den Frequenzrückgang ein Äquivalent? Kein vollständiges; denn während wir früher 19 800 Mark von den auswärtigen Schülern einnahmen, erhalten wir jetzt nur noch 15 280 Mark. Im Interesse der Kostenreuzung hat die Stadt natürlich ihre Bares, aber in Frage müßte wir die Angelegenheit betrachten, damit wir eventuell, wenn der Ausfall anhält, aber wie es zu befürchten steht, noch größer wird, unseren Beschluß von damals revidieren.

Herr Stv. Osterburg bringt einen Antrag ein, den Magistrat zu ersuchen, Schritte zu tun, der auf baldige

Aufhebung der Vorkursen

abzielt. Die Vorkursen seien Standesschulen der krassesten Art. Im Interesse der sozialen Gerechtigkeit lie die Einheitschule anzustreben.

Herr Stadtschulrat Brandel entgegnet, daß einleitende Schritte zur späteren Aufhebung der Vorkursen schon getan seien durch den Beschluß, die Lehrer an diesen Schulen nur unter der Bedingung anzustellen, daß sie ihnen ohne Ansprüche auf Mittelschulen übernommen werden können. Dilem Beschluß lie der Magistrat ausdrücklich begetreten. Der Antrag des Herrn Osterburg lie unter den gegenwärtigen Verhältnissen überflüssig.

Herr Stv. Herzog betont sich auch als grundsätzlicher Gegner der Vorkursen, aber so leicht, wie es sich der Antrag Osterburg macht, lasse sich die Aufhebung der Vorkursen nicht durchführen. Redner teilt die Ansicht des Herrn Stadtschulrats.

Herr Stv. Bangert bekräftigt gleichfalls den Antrag Osterburg, obwohl er ihm prinzipiell sympathisch lie. Aber er helfe noch nicht zur Einheitschule, denn auch die Mittelschule lie eine Standesschule.

Herr Stv. Osterburg meint, die Aufhebung der Vorkursen lie wenigstens ein Schritt vorwärts zur Einheitschule.

Herr Stv. Meiser bekennt sich gleichfalls zur Einheitschule, auch für die Aufhebung der Mittelschulen in den unteren Klassen. Aber lie schnell und einfach achte die Sache denn doch nicht. Die Frequenz in den Volksschulen lie übrigens nicht so hoch, wie Herr Osterburg, der die Zahl 70 genannt, annehme, sondern nur 50-55. Als Schulmann erachte er allerdings auch diese Frequenz für zu stark.

Herr Stv. Borgis meint, die Aufhebung der Vorkursen könne nur organisch geschehen; prinzipiell lie sie zu wünschen.

Herr Stv. Sommer legt dar, daß die Vorkursen und die Mittelschulen ganz andere Ziele haben, die das Ministerium auch ausdrücklich festgelegt hat. Wollte man die Einheitschule einführen, müßte in erster Linie auch der Lehrplan der Volksschule umgeändert werden. Der Antrag Osterburg lie gegenwärtig nicht akzeptabel.

Der Antrag Osterburg wird abgelehnt.

6. Das Goll bei Kapitel VII III b 4 des Hauptetats für das Rechnungsjahr 1910 - Verlebung der Geschäftszimmer, Klure, Treppen usw. im Polizeigebäude - betragt 2000 Mk. Vorauszahl sind bis 2. Januar 1911 1000,07 Mk. Mitteln noch vorhanden 99,93 Mk. Hiervon gehen ab für eine noch nicht bezahlte Rechnung der Gasanstalt für 24 September bis 14. Dezember 1910 1523,64 Mk. mitteln Überbrückung 523,91 Mk. Nach dem Verbrauch des Rechnungsjahres 1909 sind für die Zeit bis Ende März noch etwa 1000 Mk. erforderlich. Es lie mithin 1523,91 Mk. aber nur 1520 Mk. vorhanden. Für 1909 sind 1100 Mk. nachbewilligt worden. Das Jahr 1909 lie 1910 erklärt sich dadurch, daß die Räume im Jahre 1909 erst Mitte August in Benutzung genommen worden sind, während für 1910 vom 1. April bis Anfang August rund 450 Mk. erforderlich waren. Der Magistrat hat

beschlossen, die Nachbewilligung von 1500 Mk. zu beantragen, zugleich aber die Verfügung über rückgebliebenen Auslösen der Dienstbezahlung in Erinnerung zu bringen. Die Verammlung beschließt, die um 1200 Mk. zu gering vorgelegte Position um 1500 Mk. aus dem gemeinschaftlichen Dispositionsfonds (Kap. XX I) der zuerst noch über 90 000 Mk. nachweis, zu vergrößern. (Ref. Herr Stv. Zell.)

7. Herr Stv. Borgis trägt folgende Magistratsvorlage vor: Dem Magistrat ersucht die zu § 5 des Satzungsentwurfs für das Alters- und Pflegeheim der Stadt Halle a. S. von der Verammlung beschlossene Veränderung aus praktischen Gründen nicht annehmbar, weil sie eine unangenehme Erhöhung des Gehaltsanges gegenüber dem jetzigen Rechtszustand bedeuten würde. Der für die Änderung maßgebend gewesene Wunsch der Verammlung bezug des Rechts- und Verhältnisses-Ausschlusses nämlich die Gewährung der Wohltaten der Stiftung nicht allein in die Hand des Vorstehers zu legen, ist gemäß verständlich, soweit es sich um Aufnahmen von Pflegeheim auf deren Antrag handelt. Da dem Alters- und Pflegeheim aber mangels eines besonderen Armenhauses auch Pflegelinge ohne ihren Antrag, in mancherlei gegen ihren Willen, im Wege der Armenpflege durch deren Diatene überwiesen werden müssen, ist es notwendig, beide Fälle scharf, als in dem ersten Entwurfe gesehen, auseinander zu halten.

Der Magistrat hat daher einen neuen Entwurf aufgestellt, welcher lediglich die §§ 1, 5, 7 und 8 des ersten Entwurfs abändert, im übrigen aber dessen Fassung beibehält. Der Magistrat bemert hierzu folgendes:

Zu § 1 erscheint es, da das Alters- und Pflegeheim stets in erster Linie eine organische Einrichtung der öffentlichen Armenpflege gewesen und als solche unentbehrlich ist, am richtigsten, die durch die Armenordnung (Ordnung vom 15. Nov. 1884) schon vor 26 Jahren angeordnete Unterstellung des Heimes unter die Verwaltung der Armenverwaltung mit einigen Modifikationen auch in der neuen Satzung festzusetzen.

Die äußere Vertretung hat hiernach der Magistrat - die innere Verwaltung führt aber in seinem Auftrage - unter Aufsicht der Armenverwaltung - ein Mitglied der letzteren. Von den den Vorstand bildenden 7 Mitgliedern der Armenverwaltung sollen 2 vom Ersten Bürgermeister ernannt werden, die übrigen von der Armenverwaltung alljährlich gewählt werden. Diese muß aber mindestens zwei der Armenverwaltung angehörende Deputierte der Stadtverordnetenversammlung wählen. Auch führt die innere Verwaltung ein ständiges Mitglied der Armenverwaltung unter dem Vorste als Magistratsmitglieds; diese Organisation hat sich durchaus bewährt, nur was bisher die Stadtverordnetenversammlung nicht in diesem Ausmaß vertreten. Der Magistrat ist also berechtigt eine Veränderung eintreten zu lassen. In die Armenverwaltung wählt die Stadtverordnetenversammlung nach der Armenordnung 3 ihrer Mitglieder.

Zu § 5 lie die beiden Fälle: Aufnahme auf eigenen Antrag und Aufnahme auf Anordnung der Armenpflegeorgane scharf getrennt werden. Im ersten Falle behaft es eines Vorstandesbeschlusses, im zweiten selbstverständlich nicht, da ja die Armenverwaltung die spezielle Aufsicht über den Vorstand führt.

Zu § 7 lie dieselbe Scheidung wie zu § 5 vorgenommen werden. Wie lange jemand, der im Wege der Armenpflege in die Anstalt einem wird, dort verbleiben soll, darüber entscheidet natürlich nur die Armenverwaltung. Es behaft hier auch keines förmlichen Entlassungsbeschlusses.

Zu § 8 lie noch hinzugefügt die Zuständigkeit der Armenverwaltung für den Hausabteilplan.

Das Statut wird nach länger Diskussion angenommen. Die Verhandlungen dehnten sich bis in die 9. Stunde. Die anderen Punkte der Tagesordnung wurden verlagt.

Spuren eines Verbrechens?

Wie uns mitgeteilt wird, wurde gestern in den Fußweibern am Rande der Gaale ein geheimnisvoller Fund gemacht. Man entdeckte zwischen Geßtrupp einen Korb, in dem - nach der Ansicht blutige Kleider, nach der andern gar der zerstückelte Leichnam eines Kindes enthalten war. Die Behörde hat sofort Nachforschungen in die Wege geleitet.

Ueber das Resultat sowie über die näheren Umstände der mysteriösen Angelegenheit wird der Redaktionsstus nichts Sicheres zu ermitteln.

Ein Unfall beim Schlittschuhlaufen

ereignete sich gestern auf der Eisbahn der Fußweibern. Ein Schulmädchen kam zu Halle und brach ein Bein.

Van- & Hen-Abend. Einen interessanten Abend kann man heute im Wintergarten erleben, wo Frau Da Van- & Hen und Herr Richard Van- Vorstellungen geben. Ein geheimnisvoller Zauber umgibt den Spiritismus und alles, was damit zusammenhängt, fern bis auf die wunderbarsten erfinden der Geisteskräfte, Gedanken- und Willensbeeinflussungen, die Darbietungen der Hellsehenden. Das Künstlerpaar Van- & Hen zeigt uns auch die mannigfachen Kräfte, die manchmal so unerklärlich und wunderbar erscheinen. Sie geben aber auch zugleich die Lösung des anscheinend Unlöslichen, und man ist erstaunt, wie leicht man sich dupieren und nachahmen lassen kann, wo doch des Künstlers Lösung so verwickelt einfach ist. Hauptächlich wird aber bewiesen, daß der Spiritismus eitel Humbug und nur darauf berechnet ist, den Leuten mit groben Mitteln etwas vorzutäuschen. Das Künstlerpaar Van- & Hen weiß seine Vorführungen in höchst anziehender Weise zur Anschauung zu bringen, der verbindende Vortrag ist kurzweilig und trägt durch seine humoristische Färbung zur Belustigung des Ganzen bei. Heute und Donnerstag finden wieder Vorstellungen statt.

Herr Ag. Mühlstedter Jöhler teilt uns unter Bezugnahme auf die in Nr. 16 (1. Beiblatt) der „Saale-Zeitung“ enthaltene Notiz mit, daß er nur kein Amt als Gefangener der Oberrealschule der Frankenschen Stiftungen niederlegt, nicht aber das Organisationsamt der Marienkirche.

Der V. kommun. Bezirksverein hat Monatsversammlung am Donnerstag abends 8 1/2 Uhr im Wädes Restaurant, Wilhelmstr. 42, mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes, 2. Eröffnungsjahr, 3. Neuverpachtung des Stadtheaters, 4. Weiterführung der Stadtbahn durch die Deffauerstraße, 5. die Geschäftstätigkeit der Bürgervereinsbestellung auf dem Mühlweg, 6. kommunale Angelegenheiten.

Deutscher Verband der Krankenpfleger und Pflegerinnen, Sitz Berlin. Am Dienstag, den 17. Jan. abends 8 1/2 Uhr, findet für alle in der privaten und öffentlichen Krankenpflege tätigen Personen in den Germania-Sälen, Gr. Steinstraße, eine Verammlung statt. Tagesordnung: 1. Barum schließt sich das Krankenpflegepersonal zusammen? 2. Gründung einer Ortsgruppe, 3. Sonstiges. Jeder Krankenpfleger und jede Pflegerin ist eingeladen.

Provinzial-Nachrichten.

Bahnprojekt.

Sangerhausen, 15. Jan. Die Stadtverordnetenversammlung zweifelt, wie schon kurz berichtet, über Beteiligung an einer neuen Bahn der Kleinbahn Sangerhausen-Stralberg zu günstigen Mitteln-Gesellschaft, Berechtigung der Mittel zur unentgeltlichen Vergabe des für die Bahn und die Bahnhofsanlagen in Sangerhausen für erforderlichen Geländes und Aufnahme eines Darlehens von 170 000 M. zu diesen Zwecken. Es wurde mitgeteilt, daß nach einer vorläufigen Aufstellung über die Verteilung der aufzubringenden Mittel beizutragen haben:

Kreis Sangerhausen 150 000 M., Stadt Sangerhausen 150 000 M., Mansfelder Gebirgsfreis 100 000 M., Großstadt Stolberg 150 000 M., Graßhaff Stolberg-Hofa 50 000 M., Mansfelder Gewerkschaft 30 000 M., Fortschritt 20 000 M., Wettelstraße 40 000 M., Längfeld 50 000 M., Großleiningen 50 000 M., Worungen 10 000 M., Gutsbezirke Reunungen und Worungen 50 000 M., Hainrode 20 000 M., Krosba 30 000 M., Breitenbach 30 000 M., Wolfersberg 10 000 M., Schwenba 50 000 M., Hahn 30 000 M., Dietersdorf 30 000 M., Straßberg 50 000 M.; zusammen 1 100 000 M. Der Magistrat hat beschlossen, von den Mitteln einer zu errichtenden Aktien-Gesellschaft, Kleinbahn Sangerhausen-Stralberg 150 000 M. zu ziehen und den zum Bauhan in der für Sangerhausen erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Die ganze projektierte Bahnlinie ist 41,1 Kilometer lang.

Familientragdie.

Sechs Menschen durch Leuchtgas vergiftet. Saalfeld, 16. Jan. Eine fürchterliche Familientragdie hat sich in unserer Stadt zugetragen. In der vergangenen Nacht vergiftete sich und seine ganze Familie der Besitzer der Kunstplätterei „Edelweith“ namens Jahn durch Öffnen des Gasohannes. Der Mann, die Frau und vier Kinder im Alter von 12—8 Jahren sind tot.

Kaufpreishöhen.

Neustadt a. Rennstieg, 16. Jan. Jetzt läßt sich ungefähr übersehen, welchen bedeutenden Schaden die Kaufpreibildung in den letzten beiden Wochen hier oben angerichtet hat. Im hiesigen Sortiment vermindert man allein 2000 Zentimeter Nadelholz-Bruch. Auch der Holzverwaltung haben die durch die Kaufpreibildung angeregten Vermittlungen erhebliche Schäden verursacht. Die Hilfskräfte an Telegraphenarbeitern haben noch nicht abdrücken können. Trotz einer Woche lang waren die Fernspreisleitungen von Groß-Kreisbach nach Neustadt gestört. Ihre Wiederherstellung ließ sich auf besondere Schwierigkeiten, da durch die außerordentlich zahlreichen Baumstämme die Leitungen oft an fünf bis zehn Stellen rissen. Ueber kurz und lang muß die Reichspostverwaltung doch wohl auch für die besonders gefährdeten Linien hier oben für die oberirdischen Leitung Kabelleitung vorzusehen, wie sie es bereits in Groß-Kreisbach getan hat.

Magdeburg, 16. Jan. (Zur Wahl des zweiten Bürgermeisters und eines zweiten Stadtbaurats) teilt die „Magd. Zig.“ mit: Die Frist für die Nominierungen zu den obigen Stellen im Magistratskollegium ist mit dem 15. d. M. abgelaufen. Es sind für die zweite Bürgermeisterstelle etwa 20 und für die Stadtbauratsstelle etwa 40 Bewerbungen eingegangen.

Burg, 16. Jan. (Fabrikbrand.) Heute früh gegen 8 1/2 Uhr wurde hier das Signal für Großfeuer gegeben. Auf dem Grundstück der Schuhwarenfabrik von Hömmer u. Co. (Bahnhofsstr. 14) standen die Gebäude, in denen die fertige Ware lagerte, in Flammen. Man rief Schlauchleitungen griff die Feuerwehr das verlorene Element an, und es gelang ihr nach zweifelhafter Tätigkeit, den Brand auf seinen Herd zu beschränken und die eigentlichen Fabrik sowie die Wohngebäude zu erhalten. Der Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

Nordhausen, 13. Jan. (Durch Lampenruß ersäuft.) Die fast 50jährige Witwe des Tischlermeisters Karl Erschling wurde gestern vormittag in ihrer Wohnung, auf dem Sofa sitzend, tot aufgefunden. Die seit Jahren an Atemnot leidende und fast völlig schlafende Frau hatte abends die Petroleumlampe in ihrem Stübchen angezündet und war dabei eingeschlafen. Durch den sich entzündenden Lampenruß und durch die sich entzündenden Gase ist ihr Tod durch Erstickung eingetreten.

Bautzsch, 13. Jan. (Die hiesige Bahnhofsirtschaft.) Die durch den Tod des hiesigen Richters Ernst Schrans nach Rautsch posthum wurde, ist dem hiesigen Richter des „Ratskellers“ Otto Siebel übertragen worden. Es waren 51 Bewerbungen eingegangen, darunter mehrere von hier. Der angebotene Pachtpreis schwankte zwischen 1050—1800 Mark. Der frühere langjährige Pachter Paßkoff zahlte 1000 Mark, Schrans 1400 und der jetzige 1700 Mark Pachtp. Diese Wirtschaft ist eine der besten in hiesiger Stadt.

Weimar, 13. Jan. (Der hiesige Staatsbahnhof) wird nicht nur umgebaut, sondern vollständig neu gebaut werden. Dieser zugleich überausreiche und erstezeitliche Beschäftigung der preussischen Eisenbahnverwaltung wurde heute in der Gemeinderatsitzung vom Vorsitzenden, Geh. Kommerzienrat Mühlhuth, nach einer Mitteilung der Eisenbahndirektion in Erfurt bekannt gegeben. Man kann nun erwarten, daß bei dem Bahnhofsbaue auch die Interessen der Stadt viel besser zur Geltung kommen, als dies bei dem bloßen Um- und Erweiterungsbau, wie er bisher geplant war, gesehen wäre. Zu den Wünschen der Stadt gehört besonders auch eine vollständige Straßenunterführung des Bahnhofs aus der Sechsentstraße nach dem nördlich des Bahnhofs liegenden Gelände. Dadurch würde der Stadt die Möglichkeit einer wahrhaft großartigen Entwicklung nach Norden zu gegeben sein, während jetzt dieser Entwicklung durch den Bahnhofs der Weg versperrt wird.

Eisleben (Erfurt), 13. Jan. (Ankläger mit der Schutzmaffe.) Als der 17 Jahre alte Sohn des Landwirts Schreiber in Eisleben bei Juchtershausen vom Unterricht in der Fortbildungsschule zurückgeführt war und zu Hause Abendarbeit verrichtete, prüfte er den Mechanismus eines Leuchtm. Wäßlich löste sich der Schuß und die Kugel fuhr ihm in den Hals in die Stirn. Der Tod trat bald darauf ein.

Wetzlar, 14. Jan. (Die Diebstähle im Schloss Friedenstein.) Der wegen der Wiedereröffnung im herzoglichen Schloss Friedenstein verhaftete herzogliche Diener Anshütz hat jetzt ein unvollständiges Geständnis abgelegt, daß er seit langen Jahren Gemälden, Porzellan und andere Gegenstände mit Hilfe des Altersschwächlers Hofmann verkauft habe, mancherlei ins Ausland, so daß nur ein Teil der Gegenstände zur Stelle geschafft werden kann.

Unterhaltungsblatt.

Freiheit. Roman von Walter Schmidt-Bühler. — Heißem Kaiser. Erinnerung an den 18. Januar 1871. — Von D. Ester. — Bunte Zeitung. — Literatur.

Kunst und Wissenschaft.

Der Kaiser in der Deutschen Orientgesellschaft.

In Anwesenheit des Kaisers und vor einer glänzenden Versammlung, in der u. a. General von der Goltz-Belche, Admiral Hollmann, Geheimrat Sadava, Prof. Delblich, Prof. Lehmann-Dauph und Herr James Simon zu sehen waren, hielt Sonntag der bekannte Anthropologe und Geograph der Universität Berlin, ord. Professor Dr. med. et phil. Fritz von Zittel in der Saale der Singakademie in Berlin einen durch Lichtbilder erläuterten Vortrag über eine nordrussische Königsburg in der Zeit des Kaiserthums Tsigolpfeiler III.

Fritz von Zittel war wiederholt als Leiter der Ausgrabungen in Sibirien (Khorghrin) tätig. Dort war es auch, wo der Forscher, den bei seinen Ausgrabungen stets eine Reihe bedeutender wissenschaftlicher Mitarbeiter unterstützte, 1888 auf die Fundamente einer gemauerten Königsburg stieß, die am Fuße des Amanus gelegen, einst von einem Zitelonen und Wallen des gemauerten Kaiserthums Tsigolpfeiler III. dort errichtet worden ist. Dieser Zittel, Barakul, beherrschte die Seiter, die damals eine mächtige, kraftvolle Nation waren. Von der Größe der Macht der Seiter zu jener Zeit gaben zahlreiche Denkmäler, die von den Selbstenkönigen Barakul und seines Vaters Banamu erzählen, der aber auch schon zur Götterzeit des Königs von Arier gehört hat.

Barakul fand auf dem Gelände an Amanus bereits recht stattliche Reste einer Burganlage, wie ein allerdings fast zerfallenes Kastell in der Mitte des Anlageplatzes, mehrere Gebäude großen Stiles, die als Katernen und Wohnhäuser gebiet hatten, ferner ein uraltes Burgtor mit mächtigen Steinlöwen aus ältester Zeit vor. Als unruhiger Bauherr benutzte der König die schon vorhandenen Anlagen und führte ihn in eine Feste von wahrhaft gewaltigen Dimensionen auf. Die durch die Ausgrabungen Zittelens und seiner Mitarbeiter freigelegten Fundamente zeugen von der Riesengröße der Kastele, der Wohn- und Wirtschaftsgebäude, vor allem aber des eigentlichen Königspalastes, den Barakul hier errichten ließ. Zum Palast führte eine mächtige Treppentreppe hinauf, deren Reste heute ebenfalls noch vorzüglich erkennbar sind. Persönliche Denkmäler, darunter ein herrliches Grabmal für die Gattin Barakuls, führte der Vortragende noch im Bilde vor.

Nach dem Vortrag lag der Kaiser in dem Geleichen ins Gespräch und unterhielt sich längere Zeit lebhaft mit ihm.

Theater und Musik.

Wilhelm Berger.

Wie ein Telegramm aus Meiningen meldet, ist der bekannte Komponist Wilhelm Berger, herzoglich sächsischer Hofkapellmeister und Mitglied der kaiserlichen Akademie in Berlin, in Jena gestorben. Dort hatte er von einem langjährigen Leiden heilung gesucht. Berger, ein Schüler Friedrich Riets, war einer der begabtesten Klavier- und Violoncellisten, dessen Vortrungen Goethe'scher Lieder sich durch melodische Erfindung und große Virtuosität auszeichneten. Auch Orchester- und Chorwerke hat er geschaffen.

Der Grillparzerpreis für Karl Schönherr.

Die Jury der Akademie der Wissenschaften zu Wien hat sich dahin entschieden, daß der Grillparzerpreis von 5000 Kronen Karl Schönherr für sein neuestes Werk „Glaub und Heimat“ zuzusprechen ist. Der letzte Preisträger war Arthur Schnitzler für seine Komödie „Jüdische Hochzeit“.

Luftschiffahrt.

Der Ballon „Hildebrand“ gesunken.

Aus Stettin wird dem „Tag“ unter dem 16. Jan. gemeldet: Zwischen Bahn und Widenbruch bei Greifenhagen liegt an der Hohebergen, von Wärdern umgeben, der Göttersee. Gestern Abend wurde dort in dem teilweise vereisten See, der einen ziemlichen Umfang hat, die Hülle eines Ballons bemerkt, und man machte sich an die Arbeit, das Eis an der Stelle zu entfernen, wo die Gondel zu sehen war. Die Arbeiten mußten jedoch Sonntag wegen der Dunkelheit aufgegeben werden. Am Montag versittig wurde die Arbeit fortgesetzt, und nun stellte es sich heraus, daß es sich bei dem Funde um die Leberreste des vermißten Berliner Ballons „Hildebrand“ handelt. Man hat festgestellt, daß die Ballonhülle die Gondel teilweise deckt. Letztere befindet sich etwa 1 1/2 Meter unter dem Wasserpiegel. In der Gondel sind deutlich die Leichen der beiden Insassen zu erkennen. Der eine Tote liegt aufrecht in der Gondel, die andere Leiche ist teilweise über den Rand der Gondel geneigt. Auf der Stirn des Ballons konnte man den Namen „Hildebrand“ erkennen. Der Ballon hat schon tagelang hart geliegen, er ist bisher mit Schnee bedeckt gewesen und daher unbenutzt geblieben. Auch war der brennende Esel wegen seiner menschlichen Wesen über die Eisfläche gegangen. Die Aufreue unter der Bevölkerung Widenbruchs und Bahns ist sehr groß; es findet eine wahre Wälderwanderung zu der Unglücksstelle statt.

Vermischtes.

Opfer des Winterports.

Eine Reihe von Nachrichten, die heute vorliegen, gibt Kunde von Unfällen bei der Ausübung des Winterports. Man schreibt uns: In Eisleben, der Sohn des Gutsriters Stänkel aus dem Ciesarand, ein 16jähriger Genußkinder, fuhr beim Robelen so unglücklich gegen einen Baum, daß er sofort getödtet wurde. — A. K. G. Gestern nachmittag fielen Kinder und Erwachsene in Langel bei Worringen auf dem Rheinlauf auf einer Kräfte Schiffschiff. Wäßlich gab die Eisbede nach und neun Personen stürzten in den Rhein. Trotz aller Bemühungen gelang es nur, vier von ihnen zu retten. Die übrigen, fünf Kinder, sind ertrunken. — Trier. Bei Mingen fuhr ein Rodelschiffchen auf eine geschlossene Bahnhofsbrücke zu. Um dem heranstürzenden Zuge auszuweichen, lenkte der Führer den Schiffchen gegen eine Felswand und brach beide Weine. Eine Dame wurde schwer verletzt. — Bochum. Ueber den Robelenfall auf der Landstraße Mitten-Wetter werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Großpauker D. aus Bochum pafferte mit seinem Auto, von Bochum kommend, die Chaussee Mitten-Wetter. Als er den durch eine hohe Mauer verriegelten Fußweg zum Hofen zu erreichen, kam er mit einem solchen Rodelschiffchen den Fußweg herabgekauft und stieß mit dem Auto zusammen. Die

Kinder wurden scharf nach vorn geschleudert. Eines der Kinder sprang auf und lief fort, während das andere im Rinnstein tot liegen blieb. Dem Führer des Kraftwagens war es nicht mehr möglich gewesen, den Zusammenstoß zu vermeiden, obwohl er sofort scharf bremste.

Opfer ihres Berufes. Aus Bremerhaven wird uns geschrieben: Unter den Ertrunkenen des letzten Tage bei Nordens geschleierten Dampfes „Maria Ruß“ befinden sich nicht weniger als sechs Mann, die aus Göttingen bezug. Zürlingen stammten. Es sind dies der 2. Offizier Kurt Paul Wagner (Wengelnjena), der 1. Maschinist Friedrich Otto Hermann Mag. Bettmann (Kraumburg), der 2. Maschinist Leopold Friedl (Witersdorf bei Sena), der Koch Carl Wilhelm Edmann Weber (Wischerleben), der Seiger Ernst Emil Müller (Unterhaus, Neuh. 2.) und der Seiger A. H. May (Trotha). — Der Dampfer „Maria Ruß“ war der frühere Hensburger Dampfer „Amor“; er wurde 1892 aus Stahl und Eisen gebaut und war 1058 Reg.-Tons groß.

Bau einer Stadthalle in Breslau. Der Breslauer Magistrat hat die Bewilligung von 1 600 000 Mark zum Bau einer großen Stadthalle, die 9000 Personen fassen soll, beantragt. Die Halle soll in Eisenbeton und Glas für Ausstellungen, Kongresse, Sängler- und Turnfeste auf dem früheren Friederichsplatz des Vororts Scheitling errichtet werden. Die Eröffnung soll im Jahre 1913 mit der historischen Ausstellung zum Jubiläum des Aufstufes „An mein Volk“ erfolgen.

Letzte Nachrichten.

Budgetdebatten in der französischen Kammer.

HTB. Paris, 16. Jan. (Privat-Telegramm.) In der Kammer wurde heute die Debatte über das Budget des Aeußern fortgesetzt. Es kam zu einer lebhaften Diskussion über die Art und Weise, wie die diplomatischen Dokumente über den Krieg von 1870 veröffentlicht wurden, besonders durch Uebersetzung an einen Buchhändler deutschen Ursprungs. Nach langen Verhandlungen beantragte Conflant eine Tagesordnung, worin die Umstände über die Veröffentlichung der Dokumente getadelt werden. Der Rabatle Leroy beantragte dagegen „einfache Tagesordnung“. Briand verlangte ein Vertrauensvotum für das Kabinett sowie die „einfache Tagesordnung“. Hierauf wurde unter lebhafter Bewegung die Abstimmung vorgenommen. Die Kammer stimmte mit 346 gegen 150 Stimmen für die „einfache Tagesordnung“. Die Sitzung wurde alsdann auf Nachmittags vertagt.

HTB. Paris, 16. Jan. (Privat-Telegramm.) In der Nachmittagsitzung wurden die Kammerverhandlungen fortgesetzt. Eine Reihe von Krediten für Marokko wurde mit 484 gegen 8 Stimmen angenommen.

HTB. Paris, 16. Jan. (Privat-Telegramm.) In der heutigen Kammeritzung erwiderte der Minister des Aeußern Fichon in Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Delafosse, daß nach seiner Ansicht die Vermittlung der holländischen Vermittlungspäne — falls sie bedrohlichen Charakter annehmen würden, — dazu angethan seien, Unterhandlungen mit den Interessierten herbeizuführen. (?)

Der Minister erklärte ferner auf eine Anfrage über die ostasiatische Frage, daß Frankreich mit Japan ein Abkommen geschlossen habe, das teilweise die Ursache des russisch-japanischen Abkommens gebildet habe. Der Minister wünschte wie der Fragesteller, daß Frankreich in freundschaftlichen Beziehungen zu China verbleibe.

Vermischte Nachrichten.

Leipzig, 16. Jan. (Privat-Telegramm.) Das Reichsgericht hat die Revision des Rektors des G. L. h. r. a. l. h. o. „Gimpfshimmus“, der vom Landgericht Stuttgart wegen Verleibung des Bischofs von Rothenburg zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, verworfen. — Das Reichsgericht kam zu der Ansicht, daß keine Verleibung der Verleibung vorliege und die Zuständigkeit des Gerichts nicht zu beanstanden sei.

Aubwischhafen, 16. Jan. Der sozialdemokratische Gemeinderat Ulrich aus Oppau wurde als Adjunkt von der Regierung befähigt. (Der Titel „Adjunkt“ ist hier gleichbedeutend mit dem Charakter eines stellvertretenden Bürgermeisters. D. Red.)

Kranfurt a. M., 16. Jan. In Erstrahung i. E. verhaftete die Kriminalpolizei vier Hofkapeller, die in einem Hotel beim Kartenpiel einen Rentier um einen bedeutenden Betrag betrogen hatten. Die Ganer hatten bereits im Vorjahr ein Opfer in Bad Nauheim um eine große Summe geschädigt.

München, 16. Jan. In einer Wirtshaus am Kugelberg verletzten ein 20jähriger Steinarbeiter während eines Streites seinen Gegner durch einen Stich in den Unterleib lebensgefährlich. Der Täter wurde verhaftet.

Wien, 16. Jan. Ueber die Pariser Reise des Ministers des Aeußern Casanova meldet die „N. Z.“, daß sie nicht vor dem Sommer erfolgen werde. Die Nachricht, daß der Generalkonsul der Minister des Aeußern begleitet werde, bezieht sich das Blatt als absurd.

Paris, 16. Jan. Der Sekretär der Rouener Arbeitsbörse, Totto, der wegen Anführung zur Desertion strafgerichtlich verfolgt wurde und sich nach Mons in Belgien geflüchtet hatte, wurde von der belgischen Regierung ausgewiesen. Er begab sich nach Holland.

W. Madrid, 16. Jan. Wie aus Madrid gemeldet wird, seien dort Gerüchte um, daß sich die Lage in Barcelona verschlimmert habe, doch sollen diese Gerüchte in amtlichen Kreisen in Abrede gestellt werden.

Beilage. Wilhelm Georg.

Beantwortung für den postlichen Zeit. Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel; Eugen Brinkmann; für Ausland und Bunte Nachrichten; Karl Meiner; Neukleton, Vermischtes um: Martin Neudtzwanger; für den Inlandteil: Albert Barth, Druck und Verlag von Otto Senzel. Sämtlich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten. — einschließlich Unterhaltungsblatt.

